

Mag. Georg Kovarik

Neoliberalismus und wirtschaftliche Alternativen.

Analyse, soziale Interessen und Gegenkonzepte.

Mag. Georg Kovarik ist Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung im Österreichischen Gewerkschaftsbund Wien.

Gegenwärtig wird Staatsaktivität prinzipiell negativ eingestuft (außer dort, wo es willkürlich für die Klientel der Regierung gerade passt). Folglich habe sich der Staat aus Wirtschaft und Gesellschaft zurück zu ziehen.

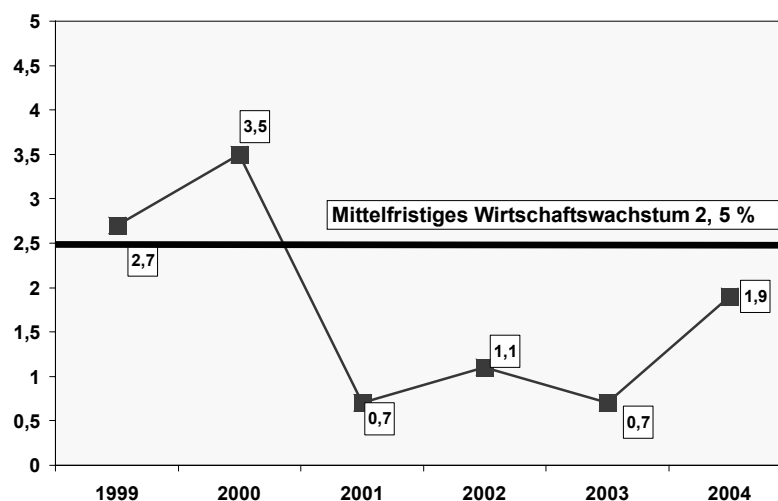
Es ist aber das Gegenteil dessen, was der Großteil der Bevölkerung und insbesondere arbeitende Menschen tatsächlich – und täglich – benötigen, nämlich:

- *Vollbeschäftigung*, um sich den Lebensunterhalt aus eigener Kraft verdienen zu können – die aber ohne aktive Wirtschaftspolitik nicht zustande kommt;
- *Faire Einkommen* auf der Grundlage ausbalancierter Gesetze;
- Für den „Fall des Falles“ sind *soziale Netze* notwendig, die bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter jedenfalls funktionieren müssen - weshalb man sich als scheinbare Alternative zu unseren solidarischen Netzen auf anonyme Kapitalmärkte weder verlassen kann noch darf.

Diesen elementaren, täglichen Grundbedürfnissen nachzukommen ist sowohl Aufgabe der Politik als auch eine Grundbedingung dafür, um Wirtschaften und ein den zivilisatorischen Errungenschaften im 21. Jahrhundert entsprechendes Zusammenleben überhaupt möglich zu machen. Und genau diese notwendigen Grundeinrichtungen unserer Zivilisation wollen neoliberale Parteien eliminieren.

Was die Zielsetzung der Vollbeschäftigung betrifft, so zeigt der gegenwärtige Zustand des Arbeitsmarktes in fast ganz Europa schonungslos auf, dass diese existenzielle Frage aller arbeitenden Menschen – die Möglichkeit, mittels Arbeit eine Grundlage der Existenzsicherung zu schaffen bzw. wie aus der Arbeitslosigkeit zu entkommen ist – für die Verantwortlichen völlig egal ist. Die verfehlte Wirtschaftspolitik, unsoziale Belastungspakete mit massiven Kaufkraftabschöpfungen sowie Untätigkeit trotz der aufkommenden Wirtschaftskrise sind die gravierendsten Fehlleistungen. Diese sind ein wesentlicher Grund dafür, dass vier Jahre hindurch lediglich ein Wirtschaftswachstum erreicht wurde, das deutlich unterhalb der Produktivitätsschwelle liegt und somit Arbeitslosigkeit erzeugt.

**WIRTSCHAFTSWACHSTUM –
4 Jahre schon unter 2,5 Prozent**



Die Leidtragenden dieser Fehler sind in erster Linie auf Arbeit angewiesene, jedoch arbeitslos gewordene Menschen. Aber von diesen Menschen wird als Lösung zur Beschäftigungskrise mehr „Flexibilität“ verlangt. „Flexibler“ bedeutet im Klartext, dass länger zu arbeiten ist, bei bestenfalls gleichem, aber höchstwahrscheinlich weniger Lohn *und* bei weniger sozialer Sicherheit.

1. Umverteilung in Österreich

Einkommenszuwächse werden primär in pragmatischen, produktivitätsorientierten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer/-innenvertretung verteilt. Jedoch hat der Staat im Wege der Budget- und Steuerpolitik immer eine wesentliche einkommenspolitische Rolle inne.

Noch nie zuvor in der II. Republik wurde eine derart aggressive Umverteilungspolitik von unten nach oben betrieben. Den Mehreinnahmen an Steuern bei den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen – und hier insbesondere bei den kleinen und mittleren Einkommen - in den Jahren 2000 bis 2005 im Ausmaß von 2,5 Milliarden Euro stehen für den gleichen Zeitraum steuerliche Mindereinnahmen von rund 680 Millionen Euro an die reichsten und vermögendsten Bevölkerungsgruppen in unserem Land gegenüber.

<u>Steuersenkung für Unternehmer</u>	
- Halbierung der Steuern für nicht entnommene Gewinne	400 Mio. €
- Körperschaftsteuer-Senkung	<u>975 Mio. €</u>
Insgesamt	1.375 Mio. €

**„Strukturreformen“
sollen diese
1,375 Mio. €
bedecken**

Was meint die Regierung damit?

Im Vergleich dazu:

Ersparnis durch die Pensionsreform!

ASVG – 2005 458 Mio. €

ASVG – 2006 616 Mio. €

Die Kälte dieser Politik manifestiert sich vordergründig darin, als z.B. am selben Tag sowohl die (später höchstgerichtlich aufgehobene) Besteuerung der Unfallrenten als auch ein millionenschweres Steuergeschenk für die Besitzer von Stock Options¹²⁾ vorgestellt wurde. Die genauere Analyse zeigt jedoch einen Plan, der einerseits Arbeitnehmer/-innen, die von ihren verbrieften Rechten Gebrauch machen, bestraft¹³⁾ und vor allem die solidarisch getragenen sozialen Netze und damit die Solidarität im Wege der Steuerförderung aushöhlt¹⁴⁾.

Dazu korrespondiert perfekt die wiederholte Drohung der Regierung, der Interessensvertretung der Arbeitnehmer/-innen die finanzielle Basis zu entziehen bzw. sie aus den bisher sozialpartnerschaftlichen Gremien zu entfernen und damit von der Mitbestimmung und Mitverantwortung auszuschließen.

¹²⁾ Stock Option: das Recht z.B. des Top-Managements, in der Zukunft zu einem bestimmten, heute festgelegten Kurs Aktien ihres Unternehmens kaufen zu können.

¹³⁾ Z.B. die volle Progression bei Nachzahlungen anlässlich eines gewonnenen arbeitsgerichtlichen Verfahrens.

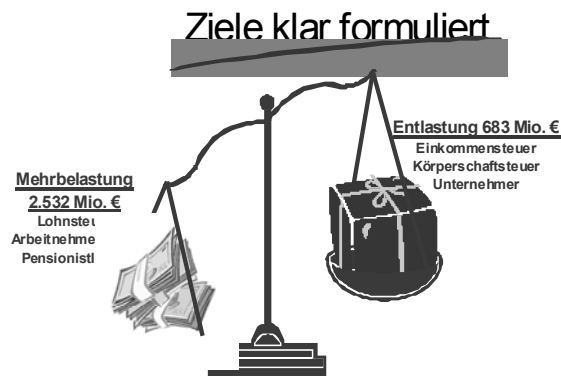
¹⁴⁾ De facto Halbierung der Arbeitnehmer-Absetzbetrages und „Zwang“ zum Abschluss einer privaten Pensionsversicherung.

Die Forderungen der Arbeitnehmerseite nach expansiven Maßnahmen angesichts der erlahmenden Konjunktur wurden mit „Panikmache“ zurückgewiesen, bzw. wurde dem mit medialen „Inszenierungen“ begegnet.

Die „größte Steuerreform“ kam jedoch zu spät und brachte kaum wirtschaftliche Impulse. Für kleine Einkommen gab es keine Lohnsteuerentlastung, dafür bekamen sie die volle Härte der Erhöhung der Energiesteuern zu spüren.¹⁵⁾ Die Steuersenkung bei mittleren Einkommen beträgt weniger als 20 Euro. Pendler – ein Viertel der österreichischen Arbeitnehmer/-innen – bekommen ihre spezifischen Mehrbelastungen nicht einmal zur Hälfte abgegolten.

Die Unternehmen wurden mit einem massiven Umverteilungsprogramm beschenkt – und dabei insbesondere durch eine gewaltige Senkung der Körperschaftsteuer („*ein echter Hammer*“) und durch die Halbierung der Steuer auf nicht entnommene Gewinne.

Das damit verbundene zukünftige Problem ist, dass die riesigen Steuersenkungen mit keiner positiven Aktivität der Unternehmen zugunsten unseres Landes gekoppelt sind. Die Steuergeschenke müssen nur kassiert werden. Jene Instrumente der Steuerpolitik hingegen, die mit einer positiver wirtschaftlichen Aktivität gekoppelt waren, wie der Investitionsfreibetrag, wurden von der Regierung 2001 abgeschafft.



Was das jedoch bedeutet, zeigt sich in Deutschland: Infolge der Steuersenkungen für Großkonzerne wurden auch die Gemeindefinanzen ruiniert und als Folge dessen waren die kleinen und mittleren Unternehmen „in der Region“ mit massiven Auftragsrückgängen angesichts nunmehr leerer Gemeindekassen konfrontiert.

2. Vollbeschäftigung in Europa anstreben

Zur nachhaltigen Senkung der Arbeitslosigkeit und zur Wiedererreichung der Vollbeschäftigung in Europa ist eine andere Politik notwendig, die auf einem besseren gesamtwirtschaftlichen Konzept aufbaut, das wirtschaftliche Aktivitäten begünstigt anstatt sie verhindert.

Wenn das durch den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmen dauerhaft unmöglich gemacht wird, dann ist es unnütz, diesen neoliberalen Rahmen zu verteidigen. Dann gehört er geändert - und zwar grundlegend.

Deshalb darf die Europäische Zentralbank (EZB) nicht länger einseitig das Ziel der Geldwertstabilität verfolgen. Vielmehr sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziel- und Orientierungsgrößen regelmäßig zwischen dem EU-Rat, der EZB und den europäischen Sozialpartnern abzustimmen. Und der einschnürende Stabilitäts- und Wachstumspakt ist

¹⁵⁾ Weil für rund 1,15 Millionen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen die aufgrund ihrer geringen Einkommen schon bisher keine Lohnsteuer zahlen mussten, die „Negativsteuer“ nicht erhöht wurde.

durch ein Konzept aktiver Unterstützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Europa ersetzen.

Auf nationaler Ebene kann sich Beschäftigungspolitik nicht in einer halbherzigen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik erschöpfen. Es geht auch um den Gesichtspunkt der Nachfrage, weshalb die gewerkschaftliche Forderung nach einer Lohnsteuersenkung im Ausmaß von 2 Mrd. € zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen sowie 1 Mrd. € für Infrastrukturmaßnahmen (um den Wirtschaftsstandort zu modernisieren und um langfristig höhere Effizienz zu erreichen) aufrecht bleibt.

Die Abverkaufspolitik strategischen österreichischen Eigentums, die unzureichende finanzielle Dotierung sowie Studiengebühren erschweren die Absicherung bzw. den Ausbau des in Österreich eingesetzten Kapitals bzw. Humankapitals.

Die bisherige Richtung muss daher um 180 Grad geändert werden: anstatt in diesen strategisch wichtigen Bereichen die Bremse zu ziehen muss forciert werden; anstatt strategisch wichtiges Kapital ins Ausland zu verschleudern muss es gehalten und ausgebaut werden.

Im wichtigsten Bereich der Angebotspolitik geht es bei künftigen EU-Förderungen für Forschung und Technologie jetzt in eine wichtige Phase der Entscheidung. Österreich läuft Gefahr, Verbesserungen für Österreichs Betriebe und Forscher beim Zugang zu EU-Forschungsmitteln und zu Initiativen zu versäumen. Gleichzeitig ist diese Regierung bei der Neuausrichtung der EU-Strukturförderungsmittel dabei, eine langfristige Weichenstellung zu Gunsten von Investitionen zu verpassen.

Hingegen wird die Ausrichtung der Agrarsubventionen bis 2012 nicht nur zu massiver sozialen Schieflage führen - jedes Jahr werden dadurch Großagrarier begünstigt – sondern auf diese Weise werden insbesondere unproduktiv Mittel zulasten von dringend notwendigen Investitionen in der Realwirtschaft gebunden.

3. Liste neoliberaler Maßnahmen der Regierung

- Ausgangspunkt: Vier Jahre in Folge unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum
- Konjunkturpakete der Regierung kommen viel zu spät und stellen sich als Zahlenspielereien heraus
- Belastungswellen mit massiver Umverteilung von arm zu reich
 - Arbeitnehmer/-innen werden heute mit 600 Millionen Euro mehr belastet
 - Steuersenkungen zugunsten der Wohlhabendsten des Landes
- EU-Osterweiterung schlecht vorbereitet
- EU-Nettozahler – aber: Regierung hat bei den künftigen EU-Förderungen Österreichs Interessen für Wirtschaftsförderungen und Strukturwandel nicht formuliert
- Versagen in der Arbeitsmarktpolitik: Rekordarbeitslosigkeit
- Jugendarbeitslosigkeit explodiert
- Bildungsbudget eingefroren – Studiengebühren
- Keine Maßnahmen gegen Altersarbeitslosigkeit
- Infrastrukturpolitik: Ankündigungen und Inszenierungen aber kein zusätzliches Geld
- Im Parlament die strategische Beteiligung der öffentlichen Hand an den wichtigsten Unternehmen abgelehnt - stattdessen Regierungsbeschluss zum Abverkauf in zwei Etappen:
 - In der *ersten Phase* musste die ÖIAG folgende Unternehmen oder Anteile an Unternehmen zu hundert Prozent neuen Eigentümern, strategischen Partnern bzw. an

der Börse verkaufen: Staatsdruckerei, Dorotheum, Print Media Austria, Flughafen Wien, Postsparkasse, Telekom Austria und Austria Tabak.

- In der *zweiten Phase* ist die vollständige Privatisierung folgender Unternehmen geplant: Voest-Alpine Stahl, Böhler-Uddeholm, VA-Tech, Austrian Airlines und Österreichische Post.

Seit dem Inkrafttreten des neuen ÖIAG-Gesetzes wurden folgende Verkäufe durchgeführt: Voest-Alpine, Staatsdruckerei, Dorotheum, Print Medien Austria, Postsparkasse, Telekom Austria, Flughafen Wien, Austria Tabak, Postbus

- ÖBB-Zerschlagung
- Abfangjägerkauf als Konjunkturbelebung und gleichzeitig Pensionskürzungen; Kompensationsgeschäfte stellen sich als „Luftgeschäfte“ heraus
- Arbeitszeitflexibilisierung: Durch Einzelvereinbarungen statt Kollektivverträgen würden die Arbeitnehmer/-innen um 550 Millionen Euro (war früher rund 8 Mrd. Schilling) an Überstunden gebracht.
- Massive Schwächung der Sozialpartnerschaft durch Eliminierung der Arbeitnehmersvertretungen aus der Mitverantwortung und Mitentscheidungen
- Massive Pensionskürzungen und Verschlechterung bei Pensionskassen
- Massive Verschlechterungen im Gesundheitswesen
- Gemeindefinanzen wurden von dieser Regierung ausgehungert und an den Rand des Abgrundes gedrängt
- Gefährdung der Daseinsvorsorge z. B. Wasserversorgung